Anzeigengebührent: 60 Pfg. für die 6mal gespaltene Millimeterzeile. Auswärts 70 Pfg., Familien-Anzeigen 50 Pfg., für die Empfehlungszeile 250 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Pruys, Castrop.

Castroper Anzeiger

# Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 15,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 19,50 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 56 — Mittwoch, den 8. März — 1922

## In aller Kürze.

### Neuigkeiten von Nah und Fern.

Der französische Botschafter in Berlin ist beauftragt, bei der Reichsregierung Beschwerde gegen die Ausführungen des Staatssekretärs Müller zu erheben, mit denen er im Reichstage der Reparationskommission Widerspenstigkeit gegen alle deutschen Reparationsvorschläge vorwarf. Poincare wird außerdem in der franz. Kammer auf die Angelegenheit zurückkommen.

•

Reichspräsident Ebert hat sich mit dem Präsidenten des deutschen Reichstages, Löbe, dem Reichsminister Bauer, Dr. Wirth, Dr. Köster, Groener, Radbruch und den Ministerialdirektoren Schönebeck und Heißner zum Besuch der Frühjahrsmesse nach Leipzig begeben.

•

Die belgischen Besatzungsbehörden fordern im Rheinland die Errichtung von weiteren 4 großen Truppenlagern bei den Städten Mörs, Hochemmerich, Büderich und Issum. Diese Lager, die bis zum 1. Oktober 1922 fertiggestellt sein sollen, erfordern einen Kostenaufwand von mindestens 310 Millionen Mark.

•

Die Angeklagten des Kapp-Putsch-Prozesses, Herr v. Jagow, Herr v. Wangenheim und Dr. Schiele haben jetzt das rechtskräftige Urteil des Reichsgerichts zugestellt erhalten.

•

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine 9gliedrige Kommission eingesetzt, die sich mit der Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Zwangsanleihe beschäftigt und die Verhandlungen mit der Regierung führen soll.

•

Die Mark konnte sich gestern etwas festigen. Der Dollar ging auf 253 zurück. Der Gulden stand nachmittags 98,52 Mk.

•

Der Westminster Gazette zufolge beabsichtigt Lloyd George, sich mindestens sechs Wochen auszuruhen und danach das Programm für die Konferenz von Genua zu entwerfen, an der er mehr interessiert sei als irgendein anderer.

•

Die englischen konservativen Führer beschlossen, die Einberufung der konservativen Parteiversammlung als zu gefährlich für die Koalition wie auch für die Partei zu vermeiden.

•

Der gegenwärtige Notenumlauf der österreichischen Bank wird auf 300 Milliarden geschätzt.

•

Die Brotpreise in Wien sind wieder erhöht worden. Der Laib Brot kostet heute 544 Kronen, während er bisher 480 Kronen gekostet hat.

•

Der vertriebene ehemalige Präsident von Fiume, Zanella, erklärte in Belgrad, der Faszistenputsch sei im Einvernehmen und mit Wissen der italienischen Regierung ausgeführt worden. Die Stadt Fiume sei jetzt von Faszisten und Karabinieri besetzt.

•

Die rumänischen Sachverständigen sind in Belgrad angekommen. Die Sachverständigenkonferenz der Kleinen Entente wird daher jedenfalls heute eröffnet werden.

•

Der belgische Außenminister Jaspar wird Ende dieser Woche in London eintreffen, um die Verhandlungen über den englisch-belgischen Garantievertrag fortzuführen.

•

Die ungarischen Forderungen auf Ersatz der durch die fremden Besatzungen verursachten Schäden von sieben Milliarden Goldkronen sind vom Prüfungsausschuß des Verbandes auf drei Milliarden herabgesetzt worden.

•

Die italienische Regierung gab nunmehr ihre Zustimmung zur Eröffnung der Wirtschaftskonferenz in Genua am 10. April.

•

Der italienische Minister des Auswärtigen, Schanzer, erklärte, er sei glücklich gewesen, daß Tittoni den Vorsitz bei der Konferenz von Genua habe übernehmen sollen. Er habe nun Tittoni besucht, und dieser habe ihm erklärt, daß nach der Niederschrift von Cannes die Abordnungen von den verantwortlichen Ministern geführt werden müßten. Er werde also den Vorsitz der italienischen Abordnung nicht übernehmen können. Demnach wird Facta oder Schanzer den Vorsitz führen.

•

Aus Anlaß des 50. Geburtstages Lenins hat der kommunistische Kongreß sämtliche Schriften Lenins herausgegeben. Sie sind in einem von Kamenew redigierten Buch von 536 Seiten Umfang vereinigt, das 120 000 Rubel kostet.

•

Die große Nationalversammlung von Angora hat eine Präsidentenwahl vorgenommen. Mustafa Kemal Pascha wurde wiedergewählt. Der frühere Minister für öffentliche Arbeiten, Rauf Bei wurde zum Vizepräsidenten ernannt.

•

Die Delegierten der großen Arbeiterkonferenz in Johannisburg erklärten erneut den Generalstreik.

## Letzte Drahtmeldungen.

### Der Streit um die Goldmilliarde.

**Paris**, 8. März. Morgen beginnt die erste Sitzung der Konferenz der Finanzminister. Von französischer Seite wird ein Antrag zur Sprache kommen, wonach die Schulden Deutschland für 1921 und 22 gesondert bezahlt werden sollen. Dieser Antrag steht im Widerspruch mit der englischen Forderung, die Zahlungen dieser beiden Jahre gemeinsam zu verrechnen. Man hat sich dem „Temps" zufolge in letzter Zeit dahin geeinigt, England von der ersten deutschen Milliarde 500 Millionen zu überweisen, Frankreich 140, Italien 30 und den Rest Belgien. Frankreich wünscht ferner, daß die Saargruben nicht als laufende Zahlung für 1921 oder 1922 verbucht werden dürfen, da sonst Frankreich von der deutschen Goldmilliarde überhaupt nichts bekommen würde. Schwierigkeiten würden auch wahrscheinlich über die Frage der Besatzungskosten entstehen. Die Franzosen fordern die Erstattung der Besatzungskosten entsprechend der Stärke der einzelnen Besatzungstruppen, während die Engländer Pauschalsummen für die einzelnen an der Besetzung teilnehmenden Mächte wünschen.

### Der Oberreichsanwalt und das Schreiben Kapps.

**Leipzig**, 8. März. Der Oberreichsanwalt hat in Bezug auf das Ersuchen Kapps um freies Geleit und Verschonung mit der Untersuchungshaft seine Stellungnahme noch nicht festgelegt und beim Reichsgericht noch keinen Antrag gestellt. Augenblicklich ist die Sache noch in der Schwebe. Der Oberreichsanwalt vermag deshalb die Oeffentlichkeit nicht davon zu unterrichten, ob und wann der Prozeß gegen Kapp stattfinden kann. Es ist auch noch nicht bekannt, ob der Kapp-Prozeß in irgendwelchem inneren Zusammenhang mit dem Jagow-Prozeß gebracht werden kann. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Jagow-Prozesses ist jedenfalls bis auf weiteres beim Reichsgericht nicht eingegangen.

### Konferenz in Marienbad.

**Paris**, 8. März. Dem Vernehmen nach soll im Sommer eine Konferenz in Marienbad stattfinden, an der die sogen. Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns mit Italien und Deutschland über die Anwendung der Grazer Beschlüsse zwecks Vereinfachung der Paßvorschriften verhandeln werden.

### Noch keine Einigung zwischen den Spitzenverbänden.

**Berlin**, 8. März. Gestern nachmittag traten die fünf Spitzenverbände, der Allgem. Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring, der Afabund und der Deutsche Beamtenbund zusammen, um sich über eine gemeinsame Basis zu verständigen, auf der die für Freitag angesetzten Verhandlungen über die Teuerungsaktion der Beamten und Staatsarbeiter geführt werden sollen. Obwohl sich die Besprechungen den ganzen Nachmittag hinzogen, einigte man sich, wie die Telunion erfährt, gestern weder über die Höhe der zu stellenden Forderungen, noch über die des taktischen Vorgehens. Man beschloß indes, einen Arbeitsausschuß einzusetzen, der heute in die sachliche Beratung eintreten und das Ergebnis seiner Beratungen einer für Donnerstag einberufenen Plenarsitzung vorlegen soll.

### Ein interalliierter Kongreß christlicher Arbeiter.

**Berlin**, 8. März. Wie die Telegraphen-Union erfährt, findet am 14. und 15. März in Paris ein internationaler Kongreß sämtlicher christlicher Eisenbahnorganisationen statt, an dem auch Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes teilnehmen. Auf der Tagesordnung stehen Organisationsfragen und eine Reihe aktueller gewerkschaftlicher Tagesfragen. Auf Antrag der deutschen Vertreter wird sich der Kongreß besonders mit den Tarif- und Besoldungsvorschriften aller Länder und mit der Ausarbeitung einer internationalen Lohn- bezw. Wohnungsordnung und mit dem Problem des Arbeitszeitgesetzes beschäftigen. Außerdem wollen die deutschen Vertreter darauf hinwirken, daß der nächste internationale Kongreß Ende dieses Jahres in Berlin stattfindet.

### Faszistische Zeitungsstürme.

**Mailand**, 8. März. In Genua drangen am Montag etwa 150 Faszisten in die Redaktion des reformsozialistischen Blattes „Laberne" ein und richteten dort große Verwüstungen an. Ein gleicher Angriff auf den „Avanti" konnte doch die Polizei abgeschlagen werden. Die Ueberfälle der Faszisten erfolgten als Protest dagegen, daß diese beiden Blätter die Vorgänge von Fiume scharf verurteilt hatten. Die Versammlung der Gewerkschaftsverbände in Genua ordnete wegen des Vorgehens in Fiume einen 24stündigen Proteststreik an, an dem auch die städtischen Angestellten teilnehmen.

### Die KPD. und die USP. gegen das Steuerkompromiß.

**Berlin**, 8. März. Wie die „Rote Fahne" mitteilt, hat sich die Zentrale der KPD. in einem Schreiben an die Parteileitung der USP. gewandt, um ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien gegen das Steuerkompromiß herbeizuführen.

## Preußischer Landtag.

Der Preußische Landtag führte am Dienstag die Aussprache über Hungerstreik, Amnestie und Rückforderung der Datomörder zu Ende. Es ging verhältnismäßig ruhig zu. Nur als der Abgeordnete Schulz-Neukölln (Komm.) als Schlußredner die Tribüne betrat, wurde es lebhaft.

Abg. Schulz führte aus: Dato trägt die Verantwortung dafür, daß man in Spanien die Gewerkschaftsorganisationen aufgelöst und zerstört hat. Durch Terrorakte wurde die Arbeiterschaft ihrer Führer beraubt. Die Gewerkschaften wurden als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt, Geldsammlungen als Straftaten angesehen. Ende 1920 darbten mehr als 7000 Arbeiter in den Gefängnissen aus politischen Gründen. (Hört, Hört! bei den Komm.) Gegen freche, offene Morde hat die Regierung nichts unternommen. Anzeigen werden unterdrückt, durch Drohungen werden Zeugen und Angehörige der von den Straftaten Betroffenen zurückgehalten, das Gesetz anzurufen. Während die Arbeitervertreter über die Sicherung des Asylrechtes beraten sollen, erläßt der Präsident Leinert Einladungen zu einem Bierabend. Auch die kommunistische Partei hat er eingeladen. Ich werfe ihm die Einladung voll Verachtung ins Gesicht. (Abg. Schulz wirft ein zusammengedrücktes Papier auf den Präsidententisch. Präsident Leinert winkt einem Diener und läßt das Papier entfernen. Unruhe und Rufe: Unerhört!) Wir verlangen eine sofortige gesetzliche Sicherung des Asylrechtes.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Der Antrag auf Unterstützung der Angehörigen der politischen Gefangenen geht an den Rechtsausschuß. Die übrigen Anträge werden gegen Kommunisten und Unabhängige abgelehnt. (Pfuirufe bei den Antragstellern.)

Der Gesetzentwurf über Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes über die Einverleibung der Landgemeinde Vorringen in die Stadtgemeinde Köln und die Regulierung der zukünftigen Grenze zwischen dem Stadtkreise Köln und dem Landkreise Neuß.

Abg. Wallraff (Dntl.) begründet die Anträge seiner Partei, vor Einbringung von Gesetzentwürfen über Eingemeindungen dafür zu sorgen, daß eine Entschädigung des Landkreises für die entstehenden Nachteile insbesondere für die Verminderung der Steuerkraft gesichert wird und worin beim vorliegenden Gegenstand die Berücksichtigung der Interessen des Landkreises gefordert wird.

Das Gesetz wird nach längerer Besprechung gegen die Deutsche Volkspartei und eine Minderheit des Zentrums angenommen. Die deutschnationalen Anträge werden teils angenommen, teils dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Die Novelle zum Feld- und Forstpolizeigesetz, die die Geldstrafen auf das Zehnfache erhöht, wird der abermaligen Ausschußberatung überwiesen.

Die Aenderung der Bestimmungen der Jagdordnung für Hannover und einiger Vorschriften über Jagdscheine und Wegschädenverhütung gehen gleichfalls an den Ausschuß, ebenso die Novelle zum Mittelschullehrerdiensteinkommengesetz.

Mittwoch 12 Uhr: Kultushaushalt.

### Der München—Berliner Dauerkonflikt.

**München**, 7. März. Zwischen Bayern und dem Reiche scheint sich ein neuer Konflikt vorzubereiten. Es handelt sich um folgendes: Das Reichsschatzministerium hat 57, von der bayerischen Heeresverwaltung benutzte, und in bayerischem Staatsbesitz befindliche Gebäude beschlagnahmen und die darin befindlichen Behörden zum Teil ermittieren lassen. Das führende Organ der bayerischen Volkspartei, der „Bayerische Kurier", unternimmt aus diesem Anlaß einen scharfen Vorstoß gegen die Reichsregierung und fragt die bayerische Regierung, ob und wie sie die bayerischen Eigentumsrechte gegen eigenmächtige Eingriffe des Reichsschatzministeriums wahren und verteidigen wolle.

**München**, 7. März. Die „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht zwei Briefe, in denen der Staatskommissar Weismann und Reichskanzler Dr. Wirth sich bei dem früheren bayerischen Justizminister Dr. Roth entschuldigen, daß sie ihn seinerzeit verdächtigt hätten, mit Kapitän Ehrhardt und seinen Leuten, sowie mit dem Erzberger-Attentat in Verbindung zu stehen. Die „München-Augsburger Abendzeitung" erklärt mit aller Bestimmtheit, daß Weismann seine Bespitzelung Bayerns fortsetze.

### Besuch des Reichskanzlers in München.

**Berlin**, 7. März. In hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, daß Dr. Wirth nach seinem Besuch bei der württembergischen Staatsregierung auch eine Zusammenkunft mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld haben wird. Der Plan einer solchen Begegnung wurde erwogen, nachdem Graf Lerchenfeld seine ursprüngliche Absicht, gelegentlich seiner Reise nach Leipzig zur Messe, nach Berlin zu kommen, nicht ausführen konnte.

### Die preußische Kirchenverfassung.

**Berlin**, 7. März. Der Ausschuß der Generalsynode beschloß mit 23 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Fassung für die Einleitung der Kirchenverfassung, wonach die evangelische Kirche auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen Evangelium von Jesus Christus stehe, wie ihn die Bekenntnisse der Kirche, insonderheit das altkirchliche apostolische Glaubensbekenntnis, das Augsburgische Bekenntnis, der kleine Katechismus Luthers und der Heidelberger Katechismus bezeugen und bekennen. Dieses Evangelium sei die Grundlage für die Lehre, Arbeit und Gemeinschaft der Kirche.

## Die harte Nuß.

Es ist niemals gut, wenn eine politische Partei nicht aus sachlichen Erwägungen heraus, sondern mit Rücksicht auf die Stimmung ihrer Wählerschaft Beschlüsse faßt. Die Mehrheitssozialdemokratie glaubte ihre Zustimmung zu dem Steuerkompromiß, das sie nicht für populär hielt, an die Bedingung knüpfen zu müssen, daß in diesem Kompromiß auch ein „sichtbares Opfer des Besitzes" enthalten sein müsse. Dieses Schlagwort glaubte sie dann in der Agitation den Kritikern zu ihrer Linken erfolgreich entgegen werfen zu können. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter hat kürzlich mit Recht gesagt, daß ihn der Vorwurf, ein Reaktionär zu sein, kalt lasse, und dabei das französische Wort zitiert, daß jeder für irgend jemanden ein Reaktionär sei. Leider hat die Mehrheitssozialdemokratie nicht den Mut gehabt, dem Vorwurf, zur Reaktion zu gehören, ebenso gefaßt und ruhig entgegenzusehen und sich bei ihrer Stellungnahme lediglich von sachlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Sie zwang die bürgerlichen Koalitionsparteien, sich vor der als Geßlerhut aufgestellten Forderung des sichtbaren Besitzopfers zu beugen, und man vereinbarte nach langen Verhandlungen, daß die Zwangsanleihe als ein solches zu gelten habe und daher in das Steuerkompromiß einzubeziehen sei. Die Zahl des Opfers war recht unglücklich ausgefallen, aber man glaubte, gerade für diese Art des Besitzopfers auch die Deutsche Volkspartei gewinnen zu können. Das schien anfangs in der Tat gelingen zu sollen. Aber die Deutsche Volkspartei zog aus dieser rein parteitaktischen und agitatorischen Forderung der Mehrheitssozialdemokratie die Folgerung, daß sie nun auch ihrerseits berechtigt sei, ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß ebenfalls an solche die Sache ihrer Wählerschaft schmackhafter machende Garantien zu knüpfen. Seitdem aber stocken die Verhandlungen. Mit Garantien nach rechts und Bedingungen nach links kann man zu keinem vernünftigen Ergebnis kommen.

Je mehr dann die ganze Steuerkompromißfrage auf die Zwangsanleihe sich zugespitzt hat, desto schwieriger erwies sich die praktische Durchführung. Vergeblich müht man sich seit Wochen in Kommissionssitzungen und Fraktionsberatungen ab, die harte Nuß der Zwangsanleihe zu knacken. Es fand sich keiner, der es vermocht hätte, die Zwangsanleihe so zu gestalten, daß sie den vier Parteien, die das Steuerkompromiß abschließen sollen, schmackhaft geworden wäre. Diese schwierige Aufgabe dürfte auch der Reichsfinanzminister Hermes mit seinem neuesten Vermittlungsvorschlage nicht gelöst haben. Hiernach soll nämlich die Zwangsanleihe nicht auf Grund der Einschätzung zum Reichsnotopfer, sondern nach dem auf Grund einer vorläufigen Selbsteinschätzung festzustellenden Vermögensbestande vom 31. Dezember 1922 erhoben werden. Man will dabei etwa 5 (fünf) Prozent der Vermögen wegsteuern, indem man mit einer zehnprozentigen Steuer belegt. Denn als mehr als 250 000 (zweihundertfünfzigtausend) Mark beginnt, und das Fünf-Millionen-Papiermark-Vermögen mit einer zehnprozentigen Steuer belegt. Dann als eine Steuer muß man ja im Grunde genommen diese Zwangsanleihe betrachten, die in den ersten drei Jahren unverzinst bleiben und dann nur mit 2 (zwei) bis 2½ (zweieinhalb) Prozent verzinst werden soll. Um bald Geld zu erhalten, will man bei Vorauszahlungen Prämien gewähren. Den wirklichen Wert eines solchen Anleihepapiers haben Sachkenner, vielleicht noch sehr optimistisch, auf 25 (fünfundzwanzig) Prozent des Nennwertes geschätzt. Was man also hier als Zwangsanleihe bezeichnet, ist in Wirklichkeit zu drei Vierteln eine Steuer, und nur das restliche Viertel ist durch ein Anleihepapier von recht zweifelhafter Sicherheit gedeckt.

Es scheint als wenn die Mehrheitssozialdemokraten unter einigen weiteren Vorbehalten und Bedingungen sich auf den Boden dieses Vorschlages von Hermes stellen wollen. Aber um so zweifelhafter muß es erscheinen, daß Demokraten und Deutsche Volksparteiler diese taube Nuß, die Herr Hermes geknackt hat, schmackhaft finden werden. Nehmen sie diesen oder einen ähnlichen Zwangsanleihe-Entwurf zunächst in das Kompromiß auf, so geschieht es zweifellos nur darum, um überhaupt einmal ein solches zustandezubringen. Man will nicht ohne ein großes Steuerprogramm nach Genua gehen und kann ein solches ohne die Mehrheitssozialdemokratie, die nun einmal auf die Zwangsanleihe sich festgebissen haben, nicht zustande bringen. Aber man hofft wohl, daß diese Zwangsanleihe schließlich ein Schattengericht bleiben und keine praktische Bedeutung gewinnen wird. Die sachlichen Bedenken gegen eine Zwangsanleihe sind heute stärker denn je. Gerade gegenwärtig leidet unsere Industrie infolge der rapide steigenden Preise aller Rohstoffe, Verkehrskosten und Löhne bereits unter Kapitalmangel. Die Produktion kann das Geld zur Bezahlung der Zwangsanleihe nicht entbehren. Man wird also die Anleihestücke beleihen lassen, und so vermehrt sich nur die Inflation, so daß der erreichte Erfolg kein anderer ist als der, den auch die Notenpresse uns schaffen kann. Zu alledem ist die Hilfe für die Reichskasse nur eine einmalige, denn es ist ausgeschlossen, dieses Experiment etwa zu wiederholen.

Wenn also das Zwangsanleiheprojekt des Herrn Hermes Gesetz werden sollte, Verwirklichung wird es sicherlich nicht finden, und noch weniger wird es den Reichsfinanzen Rettung bringen. Herr Hermes hat die harte Nuß der Zwangsanleihe zwar geknackt, aber einen genießbaren Kern hat er nicht gefunden.

•

### Um die Zwangsanleihe.

**Berlin**, 7. März. Der Einladung des Reichsfinanzministers an die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Aussprache über die Zwangsanleihe für Donerstag dieser Woche, liegt, wie wir erfahren, das Ersuchen zugrunde, auf die in der Denkschrift zestellten

Fragen zu antworten. Die zur Beantwortung vorgelegten Fragen umfassen folgende Punkte: 1. die Höhe des Prozentsatzes der vom Vermögen zu erhebenden Anleihe; 2. Veranlagung: ob zunächst Selbstveranlagung erfolgt und sie später durch eine endgültige Veranlagung nach der Vermögenseinschätzung vom 31. Dezember 1922 ersetzt werden soll; 3. Vorausbezahlungen auf die Anleihe: Anreiz hierzu durch Festsetzung von Prämien oder Androhung von Strafen; 4. Verzinsung nach den ersten 3 zinsfreien Jahren und 5. Amortisation.

Dem Reichswirtschaftsrat ist dieselbe Denkschrift zugegangen, dessen finanzpolitischer Ausschuß wird in seiner Donnerstagssitzung hierzu Stellung nehmen. Den Bericht hat Helfferich übernommen. Die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates sind, wie wir feststellen konnten, allgemein gegen die Zwangsanleihe. Die Gründe hierzu sind vornehmlich die, daß die Einbringung der Anleihe zu viel Zeit in Anspruch nehmen wird und schließlich dem Reich nur einen kleinen Nutzen bringt, da die Anleihe bei der dreijährigen Zinsfreiheit nur zu einem sehr niedrigen Prozentsatz weitergegeben werden könnte. Das Opfer des Besitzes steht nach Ansicht dieser Kreise in keinem Verhältnis zu dem damit erreichten Erfolg. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates wird vielleicht auf die endgültige Fassung von ziemlichem Einfluß sein. Es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß vor Donnerstag die endgültige Entscheidung über die Zwangsanleihe wenigstens formell nicht fällt.

**Berlin**, 7. März. Die Koalitionsparteien sind für Donnerstag vormittag zu einer Besprechung bei Dr. Hermes eingeladen worden. Die Beratungen über die Gestaltung der Zwangsanleihe sind noch nicht völlig abgeschlossen. Es verlautet, daß als Stichtag für die auf Grund der Selbsteinschätzung zu leistenden Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe der 1. Oktober in Erwägung gezogen wird. Die später erfolgenden Zahlungen sollen nicht die Vorteile der vorher geleisteten Zahlungen genießen. Auch die Höhe des Zinsfußes, der für die Zwangsanleihe nach den ersten drei zinsfreien Jahren gegeben werden soll, ist noch nicht bestimmt. Gerüchtweise verlautet, man wolle 2½% zahlen.

## Aus dem Reiche.

### Gesetzlicher Schutz der Feiertage.

**Berlin**, 7. März. Den Schutz unserer Feiertage verlangt ein Antrag des Abgs Hergt (Dntl.) im Reichstage. Es heißt darin: Der Reichstag wolle folgenden Gesetzentwurf beschließen: Auf Grund von Art. 139 der Reichsverfassung wedren diejenigen Feiertage, die am 11. 8. 1919 in den Ländern gesetzlich geschützt waren, in demselben Maße, in dem sie an diesem Tage geschützt waren, von reichswegen geschützt. Aenderungen bleiben der Reichsregierung vorbehalten.

### Erhöhung der Grundlöhne in den Reichs- und Staatsbetrieben.

**Berlin**, 7. März. Am 3. März haben bekanntlich die fünf Spitzenorganisationen Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Afa-Bund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe übermittelt, in der mit Rücksicht auf die Teuerung sofort Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe gefordert wird. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die Reichsregierung Verhandlungen mit den Organisationen auf Freitag, den 10. 3., festgesetzt. Zurzeit finden in den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe der zu stellenden Forderungen und das taktische Zusammenarbeiten statt.

## Die Berliner Steuerberatungen.

**Berlin**, 7. März. Gestern hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit den Abg. Dr. Stresemann und Dr. Becker über die Frage des Steuerkompromisses. Der Reichskanzler stellte der „Zeit" zufolge dabei in Aussicht, daß vielleicht am Mittwoch eine Einladung an alle am Kompromiß beteiligten Parteien zu einer gemeinsamen Beratung ergehen werde. Es besteht die Möglichkeit, am Mittwoch das Steuerkompromiß zum Abschluß zu bringen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß das Gutachten des Reichswirtschaftsrates über die Zwangsanlethe zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegt, da der mit dem Gutachten betraute Finanzpolitische Ausschuß erst am heutigen Dienstag zusammentreten wird. Ob das Gutachten des Reichswirtschaftsrates für die Zwangsanleihe günstig lauten wird, ist zur Zeit noch zweifelhaft.

Reichsminister Dr. Hermes hat laut Deutscher Allg. Zeitung für Donnerstag nachmittag die Gewerkschaftsvertreter zu einer Besprechung über die Zwangsanleihe eingeladen.

**Berlin**, 7. März. Die Reichsregierung hielt gestern im Laufe des Nachmittags eine Kabinettssitzung ab, die sich eingehend mit dem Steuerproblem beschäftigte.

**Berlin**, 7. März. Der Hauptausschuß des Reichstags tritt heute vormittag 10 Uhr zusammen. Bei dieser Gelegenheit wird Reichsminister Dr. Rathenau aller Wahrscheinlichkeit nach eine Rede über die außenpolitische Lage halten und dabei auch das kürzlich beschlossene Sachlieferungsabkommen berühren. Bei dieser Gelegenheit dürfte seitens der Rechtsparteien lebhafte Kritik an dem Abkommen geäußert werden.

### Der Einfluß Kapps auf das Schicksal des Herrn von Jagow.

**Berlin**, 7. März. Ueber den Einfluß Kapps auf das Schicksal des Herrn von Jagow macht der Verteidiger Jagows, Rechtsanwalt Grünspach, folgende Mitteilungen: Die Aussagen des Herrn Kapp vor dem Gericht sollen in allem den Nachweis erbringen, ob Herr v. Jagow eine führende Rolle in den Putschtagen gespielt hat oder nicht. Herr v. Jagow hat vor dem Reichsgericht auf das entschiedenste erklärt, daß er nie eine Führerrolle in den kritischen Tagen gespielt hat. Sollte die Vernehmung Kapps den Beweis erbringen, so würde die Amnestie für Herrn v. Jagow Anwendung finden und auch ein Wiederaufnahmeverfahren wäre durch eine derartige Aussage begründet.

•

### Der Plan einer Europabank.

**Berlin**, 7. März. Der amerikanische Senator Robert Owen, der sich zurzeit in Berlin aufhält und heute nach Paris und London abreisen wird, erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Zeit über seinen Plan, mit amerikanischer Hilfe eine Europabank zu gründen, u. a.:

Die Bank, die den Namen Federal Reserve Foreign Bank erhalten soll, soll ihren Hauptsitz in Newyork und Zweigniederlassungen dort haben, wo solche Niederlassungen von den Banken und den Regierungen gewünscht werden. Die Bank soll ein Kapital von 500 Millionen Golddollar haben, das von zwölf großen Federal Reserve-Banken der Vereinigten Staaten gestellt werden soll. Die Bank wird sich einzig und allein mit der Diskontierung von Handelspapieren befassen, die auf greifbare Waren begründet sind. Die Papiere werden nur kurzfristig sein und auf Goldwerte lauten. Die Reservebank wird europäischen Banken auch Goldkredite gegen solche Papiere geben und so mit der Unterstützung der europäischen Banken Goldkreditreserven ansammeln die sie bis zu einer Höhe von 2,5 Milliarden bringt. Owen verfolgt auf diesem Wege die Absicht, den europäischen Geschäftsmann in die Lage zu versetzen, seine Verträge auf Goldbasis abzuschließen und soviel Goldkredite zu finden, wie er braucht. Amerika wird auf diese Weise seinen Goldschatz nutzbringend für die europäischen Erzeuger verwenden.

Owen erklärte zum Schluß, er habe eine Abschrift des von ihm im Senat eingebrachten Gesetzentwurfes über die Europabank Geheimrat Dr. Kauffmann von der Reichsbank vorgelegt und sei benachrichtigt worden, daß der Entwurf einem sorgfältigen Studium unterzogen werden sollte. Sollten die europäischen Banken dem Plan zustimmen, so werde er sein Aeußerstes tun, den amerikanischen Kongreß zu bewegen, das Gesetz anzunehmen.

# Rathenau über die Reparationsfrage.

**Berlin**, 7. März. Im Hauptausschuß des Reichstages sprach heute der Reichsaußenminister Dr. Rathenau bei der Beratung des Haushaltsplanes seines Ministeriums über die Reparationsfrage. Er erklärte, daß in Deutschland hierüber drei Auffassungen erkennbar seien. Die eine gehe dahin, es müsse Festigkeit gezeigt und Widerstand geleistet werden; die Reparationsleistung müsse abgelehnt werden, weil sie von Deutschland nicht getragen werden könne. Ein solche Politik könne man als katastrophal bezeichnen. Die zweite Auffassung gehe dahin, daß man zwar bis zu einem bestimmten Grade sich der Reparationsfrage nähern dürfe, aber mit aller Offenheit erklären solle, die Leistungen seien vollkommen unerfüllbar; es habe überhaupt keinen Zweck, sie in irgend welchem bedeutenderen Ausmaße in Erwägung zu ziehen. Die Politik wurde bezeichnet als die Politik mangelnder Psychologie und Erkenntnis der Weltlage. Die dritte Auffassung halte eine Verpflichtung zur Reparation für das Reich geschaffen durch die Unterschrift seiner maßgebenden Stellen. Diese Auffassung vertrete auch die Reichsregierung. Sie gehe dahin, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ehemaligen Gegnern zu zeigen, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Der Minister ging dann auf eine mißverständliche Auffassung der Rede ein, die er im Reichstag über die Reparationsfrage gehalten habe. Er habe damals gesagt, daß das Maß der Erfüllung gegeben sei durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dies Wort „dürfe" habe er unterstrichen und unterstreiche es nochmals, denn darin wäre die sittliche Verpflichtung mit enthalten, nur bis zu dem Punkte zu gehen, den der Staatsmann verantworten könne. Jede andere Auslegung seiner Worte sei mißverständlich oder böswillig. Die Erfahrung habe dann noch gezeigt, daß die Fragestellung Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung für die Reparationsfrage überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung sei. Vielmehr habe sich ergeben, daß eine weitere Frage bedeutend schärfer hervortrete, nämlich zu fragen, wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die übrigen Völker erträglich sei.

Die auf den Markt gebrachte Zwangsarbeit eines ganzen Landes führe nämlich dazu, den gesamten Markt der Erde zu zerrütten. Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erwiesen. Die Sprache der Tatsachen sei so stark gewesen, daß heute in allen Ländern die Reparationsfrage von neuem studiert werden müsse. Gerade in diesem Augenblick schwebten die Verhandlungen darüber, auf welches Maß die Reparation für das Jahr 1922 begrenzt werden solle. Der Minister ging dann auf die Wiesbadener und Cannes Verhandlungen ein und kam dann auf die Konferenz von Genua zu sprechen. Es werde dort die Möglichkeit gegeben sein, die allgemeinen Ursachen der Weltkrankung zu erörtern, damit die Nationen gemeinschaftlich solche Wege suchen, die zu einer Gesundung des ganzen Kontinents führten. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied einer Reihe von Konferenzen sein, die voraussichtlich dies Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker seien heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Erkrankungsursachen der ganzen Weltwirtschaft, als daß man annehmen könnte, es könnte sofort ein endgültiger Heilungsprozeß vorgenommen werden. Zu wünschen wäre eine Weltanleihe, aus der die empfangsberechtigten Staaten bezahlt werden könnten. Aus eigenen Mitteln könnten wir es nicht. Nach der Rede Dr. Rathenaus begann eine allgemeine Aussprache, an der sich u. a. beteiligten von den Deutschnationalen Hoetzsch und von der Deutschen Volkspartei von Rheinbaben.

Den Rest des Buches bildet der dritte Abschnitt, der, wie schon gesagt, die von Deutschland direkt geforderten und ausgeführten Leistungen ausführlich illustriert. Aus Raummangel können hieraus natürlich nur einige interessante Einzelheiten gegeben werden. So stellt das Buch bei den Ausgaben für die Rheinlandkommission und ihre Delegierten fest, daß an Stelle der vertragsmäßig vorgesehenen vier Mitglieder der H. J. K. sich eine tatsächliche Personalstärke von 1300 Köpfen (!) mit der Zeit angesammelt hat, welche vertragsmäßig nicht anerkannt werden kann, und deren Ansprüche für Deutschland eine unerträgliche finanzielle Belastung bedeuten. Bis Ende März 1921 betrugen diese Ausgaben rund 100 Millionen Mark. Ein Bild von der „Anspruchslosigkeit" dieser Herren geben die Forderungen des unverheirateten französischen Mitglieds der H. J. K. und dessen ständigen verheirateten Vertreters, für die allein 17 Wohn-, 22 Schlaf- und noch diverse Wirtschaftsräume mit einem Kostenaufwand von 1 331 000 Mk. eingerichtet werden mußten. Das Kapitel der Requisitionen von Wohnräumen und Grundstücken für Soldatenheime, für eine Unzahl von Bordellen, für Exerzierplätze, Schießstände, Theater und Kinos für die Besatzungstruppen wird ausführlich behandelt. Die Einquartierungsfrage wird mit zahlreichen Beispielen erläutert. Um nur einen typischen Fall herauszugreifen, sei erwähnt, daß im Stadtkreis Krefeld, der bei 10 000 Einwohnern 2400 Mann französische Besatzung erhielt, rund 1000 Wohnungen mit nahezu 2500 Räumen zu Einquartierungszwecken abgegeben werden mußten. Die Kosten für Verpflegung und Futterlieferungen, zu deren Deckung sich das Reich nur zur Vermeidung von Requisitionen und zur Entlastung der darunter schwer leidenden rheinischen Bevölkerung entschlossen hat, beliefen sich bis Ende März 1921 auf rund 277 Millionen Mark. Für Brandschäden in den von den Besatzungstruppen belegten reichseigenen Gebäuden mußten über 6¼ Millionen Mark herausgabt werden. Die Leistungen der Eisenbahn betrugen 378 Millionen, die der Post und des Telegraphendienstes 35 Millionen, die der Rheinschiffahrt 57 Millionen Mark.

Diese paar Zahlen nur zur Kostprobe. Nach einer Vereinbarung der drei Hauptmächte vom 16. Juni 1919 hatten die Verbandmächte in Aussicht genommen, die Besatzungskosten auf jährlich insgesamt 240 Millionen Goldmark zu begrenzen. Wie weit die ganzen Besatzungsverhältnisse hiervon zurzeit noch entfernt sind, sucht der Verfasser in seiner kurzen Schlußbemerkung durch einen Hinweis auf den französischen Staatshaushalt von 1921 klarzulegen, in dem die Kosten allein für die französische Rheinarmee mit 558 687 000 Francs angesetzt sind. Die englischen, französischen und belgischen Besatzungskosten dürften zusammen sicher diese Summe noch übersteigen. „Eine Besserung ist nur möglich, wenn die Ursachen für das gewaltige Anwachsen der Besatzungskosten beseitigt werden, d. h., wenn die Besatzungsstärke eine durchgreifende Herabsetzung erfährt." Wir können diesen letzten Satz der Broschüre nur unterstreichen.

## Eine Anleihe an Deutschland.

**London**, 7. März. Nach einer Meldung aus Montevideo wurde dem Nationalrat ein Gesetz vorgelegt das die Ermächtigung enthält, mehrere Anleihen in Goldpiaster aufzulegen, darunter auch eine „Anleihe an Deutschland im Jahre 1922" in Höhe von 10 Millionen Goldpiaster zum Aufkauf von Gefrierfleisch und Vieh in Uruguay. Der Preis für ein Kilogramm Lebendgewicht beträgt jedoch mindestens 12 Centavos d. h. nach dem heutigen Kurs des Goldpiasters 23 Mk.

### Die Frage einer dauernden Kontrolle über Deutschland.

**Paris**, 7. März. Dem „Petit Parisien" zufolge, hat die Botschafterkonferenz beschlossen, die Frage einer dauernden Kontrollkommission für die Abrüstung zu Lande, Wasser und in der Luft in Deutschland dem internationalen Kriegsrat in Versailles zu übertragen. Dieser Beschluß sei das Kompromiß zwischen der französischen und englischen Auffassung. Während von England darauf verzichtet wurde, zu verlangen, daß die Frage der Dauer der Kontrolle mit der Frage der Aufhebung der Sanktionen verknüpft werde, habe Frankreich sich damit einverstanden erklärt, daß der Plan der Verlängerung der drei Kontrollen einem eingehenden Studium unterworfen werde. Schwieriger sei allerdings die Frage, ob Deutschland sich bereit finden werde, dem Plane einer dauernden Kontrollkommission seine Zustimmung zu geben. Um die deutsche Regierung für diese Absicht zu gewinnen, werde man vorschlagen, die Sanktionen in Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf aufzuheben.

## Bettelei für Kaiser Karl.

**Paris**, 7. März. Jules Sauerwein nimmt heute im Matin seine Rolle als Propagandist für Karl von Habsburg wieder auf. Die Notlage, in der der frühere Kaiser sich befindet, „stimmt ihn zu Tränen". Vorher macht er aber das außerordentlich bemerkenswerte Geständnis, daß Zita von Parma in den ersten Kriegstagen ihren Brüdern falsche Pässe aushändigte, damit diese die alliierten Armeen erreichen konnten. Auf die Länder der Kleinen Entente, die doch die alliierten Frankreichs sind, ist er schlecht zu sprechen. Rumänien, Tschechei und Südslawien hätten sich durch den Krieg außerordentlich bereichert und habsburgischen Besitz im Werte von mindestens 105 Millionen Goldfranken fortgenommen. Dennoch seien sie nicht entschlossen, für den „armen Kaiser Karl" jährlich 100 000 Franken zu opfern. Vor vierzehn Tagen forderte die Botschafterkonferenz genaue Aufklärung über seine Finanzlage. Darauf mußte er mitteilen, daß er alles aus Oesterreich mitgenommene Geld für Propaganda vergeudet habe, ebenso die Summen aus dem Verkauf der zahlreichen Juwelen. Da Karl und Zita nicht einmal ihre Miete auf Madeira bezahlen konnten, mußten sie die Gastfreundschaft eines Bewohners annehmen. Natürlich fordert Sauerwein am Schlusse, daß die Alliierten für den Unterhalt Karls das nötige Geld zusammenschießen.

## Aus dem Auslande.

### England.

#### Lloyd George bleibt.

**London**, 7. März. Wie versichert wird, hat Lloyd George sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen. Balfour wird heute auf einem Bankett hiervon amtlich Mitteilung machen.

#### Die Koalition gesichert.

**London**, 7. März. Heute hat Lloyd George erklärt, daß ihn die neuen Versicherungen und Vorschläge der unionistischen Minister befriedigen, da durch sie die Koalition aufrecht erhalten worden. Lloyd George hat daher seine Rücktrittsabsichten endgültig aufgegeben und wird die Geschäfte der Regierung bis nach der Konferenz von Genua weiter führen. Die Frage der Neubildung der Koalition und eine eventuelle Regierungsumbildung soll erst nach der Konferenz von Genua aufs neue erörtert werden.

#### Thomas über die Regierungskrise.

**London**, 7. März. Der Arbeiterführer Thomas sprach in Birkenhead über die innere Lage und erklärte, er hoffe, daß die politische Krise unmittelbar zu allgemeinen Wahlen führen werde. Das Land bedürfe mehr denn je einer Regierung, die den Willen des Volkes widerspiegele. Thomas wandte sich gegen den Klassenkampf, indem er ausführte, nichts könne der Arbeiterpartei oder irgendeiner anderen Partei, die eine Regierung bilden wolle, schädlicher sein, als zu erklären, daß ihre Politik zugunsten einer besonderen Bevölkerungsklasse gerichtet sei. Thomas fügte hinzu, die schwere Krise, die die Schiffsbauindustrie bedrücke, müsse die Regierung veranlassen, ein unparteiische Untersuchung der Lage vorzunehmen. Die Gewerkschaften seien mit einem solchen Vorgehen einverstanden.

### Frankreich.

#### Jussuf Kemal in Frankreich.

**Paris**, 7. März. Jussuf Kemal traf gestern mit der diplomatischen Mission der Nationalversammlung von Angora in Marseille ein, von wo er heute abend nach Paris weiterreisen wird. Bei seiner Ankunft erklärte er dem Mitarbeiter von Havas, er sei nach Europa geschickt, um die öffentliche Meinung der Welt, sowie der Staatsmänner der Entente über die Ziele aufzuklären, die das türkische Volk in seinem jetzigen Kampf verfolge. In zweiter Linie aber wolle er sich über die Absichten der Staatsmänner Europas unterrichten, damit er der Nationalversammlung die erforderlichen Erläuterungen überbringen könne. Vor allem aber wolle er wissen, ob die Großmächte geneigt seien, einen vollkommen unabhängigen türkischen Staat, der innerhalb seiner nationalen Grenzen vollkommen souverän zu sein wünsche, anzuerkennen.

### Amerika.

#### Regierungskrise in Washington?

**Berlin**, 7. März. Der United Telegraph bringt folgende aufsehenerregende Meldung: Die von den Senatoren Borah und Lodge geführte Opposition im Senat gegen die Ratifizierung des Viermächteabkommens über den Stillen Ozean hat Zuwachs aus dem republikanischen und demokratischen Lager bekommen. Die Agitation der Gegner des Vertrags stützt sich auf die Argumente, daß Amerika durch diesen Vertrag neuerdings Gefahr laufe, in den Strudel einer seinen Interessen fremden Politik hineingezogen zu werden. Die Befürchtung ist allgemein, daß das Abkommen vom Senat nicht ratifiziert werden wird. Wie verlautet, werden Harding und Hughes im Fall einer Ablehnung des Abkommens über den Stillen Ozean zurücktreten.

## Besatzungswahnsinn am deutschen Rhein.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen hat in der Sitzung des Reichstags vom 2. d. Mts. an dem Verhalten der französischen Militärbehörden im Rheinlande, an ihrer sinnlosen Verschwendungssucht und an ihren unerträglichen Ansprüchen hinsichtlich der Quartiere scharfe Kritik geübt. Auch sind an dieser Stelle schon vor kurzem Zahlen über die ungeheure Höhe der Besatzungskosten wiedergegeben worden, Zahlen, die für sich selbst sprechen. Natürlich konnte bei der Beschränktheit des zur Verfügung stehenden Raumes das Thema „Besatzung" und „Besatzungskosten" nicht erschöpfend behandelt werden. Diesem sicherlich in weiten Kreisen bestehenden Bedürfnis wird nun ein im Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, erschienenes Büchlein gerecht, das unter dem bezeichnenden Titel „Besatzungswahnsinn am deutschen Rhein" die Höhe der Besatzungskosten und deren Ursachen allgemein kurz zusammenfaßt und dann in ausführlicher Weise Erläuterungen über die dem Deutschen Reiche durch unmittelbare und mittelbare Leistungen für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen erwachsenen Ausgaben gibt. Die Angaben der 55 Seiten starken, sehr übersichtlich gehaltenen Broschüre schließen mit dem März des vergangenen Jahres ab, vermeiden jegliche Polemik und geben rein sachlich ein Material wieder, dessen erdrückende Beweiskraft jegliches oratorische Beiwerk überflüssig macht.

Der erste, nur zwei Seiten umfassende Abschnitt des Büchleins gibt eine summarische Darstellung der Höhe der Besatzungskosten. Bis Ende März 1921 betrugen die den Besatzungsmächten für ihre Besatzungstruppen erwachsenen und von dem Deutschen Reich zurückzuerstattenden Kosten rund 4 Milliarden Goldmark. Dazu kommen die von Deutschland mittelbar und unmittelbar für die Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen verausgabten Leistungen in einer Höhe von rund 7½ Milliarden Papiermark.

Der zweite nicht viel umfangreichere Abschnitt befaßt sich mit den Ursachen der Milliardenkosten. Das Büchlein sieht die Hauptursache für die ins Unermeßliche wachsenden Besatzungskosten in der „mit dem Zweck der Besetzung in keiner Weise in Einklang stehende Besatzungsstärke". Während die deutsche Friedensbelegung der jetzt besetzten Gebiete rund 70 000 Köpfe betrug, ist die Stärke der gegenwärtigen Besatzungsarmee nach der Broschüre auf mindestens 120 000 Köpfe anzunehmen. Den ehemaligen 28 deutschen Friedensgarnisonen standen im Sommer 1920 267 von den Besatzungsarmeen und den Delegierten der Rheinland-Kommission belegte Orte gegenüber. Auch diese Zahlen sprechen Bände.

Den Rest des Buches bildet der dritte Abschnitt, der, wie schon gesagt, die von Deutschland direkt geforderten und ausgeführten Leistungen ausführlich illustriert. Aus Raummangel können hieraus natürlich nur einige interessante Einzelheiten gegeben werden. So stellt das Buch bei den Ausgaben für die Rheinlandkommission und ihre Delegierten fest, daß an Stelle der vertragsmäßig vorgesehenen vier Mitglieder der H. J. K. sich eine tatsächliche Personalstärke von 1300 Köpfen (!) mit der Zeit angesammelt hat, welche vertragsmäßig nicht anerkannt werden kann, und deren Ansprüche für Deutschland eine unerträgliche finanzielle Belastung bedeuten. Bis Ende März 1921 betrugen diese Ausgaben rund 100 Millionen Mark. Ein Bild von der „Anspruchslosigkeit" dieser Herren geben die Forderungen des unverheirateten französischen Mitglieds der H. J. K. und dessen ständigen verheirateten Vertreters, für die allein 17 Wohn-, 22 Schlaf- und noch diverse Wirtschaftsräume mit einem Kostenaufwand von 1 331 000 Mk. eingerichtet werden mußten. Das Kapitel der Requisitionen von Wohnräumen und Grundstücken für Soldatenheime, für eine Unzahl von Bordellen, für Exerzierplätze, Schießstände, Theater und Kinos für die Besatzungstruppen wird ausführlich behandelt. Die Einquartierungsfrage wird mit zahlreichen Beispielen erläutert. Um nur einen typischen Fall herauszugreifen, sei erwähnt, daß im Stadtkreis Krefeld, der bei 10 000 Einwohnern 2400 Mann französische Besatzung erhielt, rund 1000 Wohnungen mit nahezu 2500 Räumen zu Einquartierungszwecken abgegeben werden mußten. Die Kosten für Verpflegung und Futterlieferungen, zu deren Deckung sich das Reich nur zur Vermeidung von Requisitionen und zur Entlastung der darunter schwer leidenden rheinischen Bevölkerung entschlossen hat, beliefen sich bis Ende März 1921 auf rund 277 Millionen Mark. Für Brandschäden in den von den Besatzungstruppen belegten reichseigenen Gebäuden mußten über 6¼ Millionen Mark herausgabt werden. Die Leistungen der Eisenbahn betrugen 378 Millionen, die der Post und des Telegraphendienstes 35 Millionen, die der Rheinschiffahrt 57 Millionen Mark.

Diese paar Zahlen nur zur Kostprobe. Nach einer Vereinbarung der drei Hauptmächte vom 16. Juni 1919 hatten die Verbandmächte in Aussicht genommen, die Besatzungskosten auf jährlich insgesamt 240 Millionen Goldmark zu begrenzen. Wie weit die ganzen Besatzungsverhältnisse hiervon zurzeit noch entfernt sind, sucht der Verfasser in seiner kurzen Schlußbemerkung durch einen Hinweis auf den französischen Staatshaushalt von 1921 klarzulegen, in dem die Kosten allein für die französische Rheinarmee mit 558 687 000 Francs angesetzt sind. Die englischen, französischen und belgischen Besatzungskosten dürften zusammen sicher diese Summe noch übersteigen. „Eine Besserung ist nur möglich, wenn die Ursachen für das gewaltige Anwachsen der Besatzungskosten beseitigt werden, d. h., wenn die Besatzungsstärke eine durchgreifende Herabsetzung erfährt." Wir können diesen letzten Satz der Broschüre nur unterstreichen.

## Wirtschaftliches.

### Gehaltserhöhung für die technischen Angestellten im Bergbau.

**Dortmund**, 7. März. Der unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichs- und Staatskommissars Mehlich tagende Schlichtungsausschuß in Sachen Gehaltserhöhung der technischen Bergbauangestellten fällte folgenden Schlichtungsspruch:

Die Gehälter der technischen Bergbauangestellten werden ab 1. Februar 1922 um 15 Prozent, mindestens um den Betrag von 4200 Mk. erhöht. Der Schlichtungsausschuß erkennt an, daß die technischen Angestellten nicht schlechter im Gehalt stehen dürften, als die gleichwertigen kaufmännischen Angestellten. Den Parteien wird aufgegeben, bei der Gehaltsregelung für den Monat März eine Gleichstellung herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß die Verhandlungen für beide Gruppen in Zukunft gemeinschaftlich geführt werden. Die Erklärungen der Parteien über die Annahme des Schiedsspruchs stehen noch aus.

## Drittes Teilurteil im Mudra-Prozeß.

### Drei Kettenhändler mit Geldstrafen belegt.

Nach Eröffnung der Montagssitzung gab der Gerichtsvorsitzende zunächst bekannt, daß nach einer bei Gericht eingegangenen Nachricht der Vater des Frhrn. von Rothenhan, Generalleutnant von Rothenhan, der ebenfalls als Zeuge für den Mudra-Prozeß in Frage kommt, gestorben ist. Es wird weiter festgestellt, daß der Kaufmann Sasse aus Düsseldorf an Gerichtsstelle anwesend ist. Er war in Dortmund ermittelt worden und wurde zu der Montags-Verhandlung vorgeführt. Sasse gehört ebenfalls zu den Mitangeklagten. Er ist bekanntlich an dem 6-Millionen-Zigarettengeschäft beteiligt, das in diesen Tagen zur Aburteilung steht. Nach Eintritt in die Verhandlung wird ihm die Anklage verlesen, die auf unbefugten Großhandel, bezw. auf Kettenhandel lautet. Der Vorsitzende beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten Sasse, der im einzelnen schildert, wie er in das Zigarettengeschäft Mudras hineingezogen worden ist. Im allgemeinen bestätigt er die Angaben, die in der letzten Sitzung der Düsseldorfer Kaufmann Schimhofen über die Anfuhr der 1 Million Stück Zigaretten zum Lager des Angeklagten Sasse gemacht hat. Er gibt dabei an, daß er den ganzen Posten Zigaretten, in einer Zahl von 6 Millionen Stück, die im Delbrücker Lager untergebracht waren, von Mudra angekauft hat. Er will guten Glaubens gewesen sein und angenommen haben, daß es sich um Bestände des Roten Kreuzes handelte, die abgestoßen werden sollten. Der Vorsitzende hält ihm die Behauptung Mudras vor, daß Sasse die Zigaretten überhaupt nicht gekauft habe, daß lediglich zwischen Mudra und Sasse vereinbart worden sei, die Zigaretten sollten mangels anderweitiger Unterbringungsmöglichkeit auf dem Sasseschen Lager einstweilen „aufbewahrt" werden. Diese Behauptung Mudras bestreitet Sasse und sagt, daß an einem Verkauf gar kein Zweifel bestehen könne. Er fügt hinzu, daß er wegen der Nichtlieferung der restlichen 5 Millionen Zigaretten eine Schadenersatzklage gegen Mudra angestrengt hat, die ihm bislang schon 50 000 Mk. Kosten verursachte. Die Klage ist erstinstanzlich abgewiesen worden. Sasse hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Im übrigen wurde der gestrige Verhandlungstag im wesentlichen mit der Vernehmung Sasses und der Prüfung seiner Beteiligung an dem Zigarettengeschäft ausgefüllt. Die Erörterung soll morgen fortgesetzt werden. Nur gegen vereinzelte Mitangeklagte, die in das Geschäft verwickelt sind, war die Sache soweit geklärt, daß sie abgeurteilt werden konnten. Es handelt sich hier um 3 auswärtige Kaufleute, die an dem Vertrieb der Sasseschen Zigaretten teilgenommen haben und die deshalb des Kettenhandels angeklagt waren. Das Gericht sprach sie indessen von der Anklage frei und erkannte lediglich wegen unbefugten Tabakhandels auf Geldstrafen von 5000, 10 000 und 25 000 Mk. Zum Schluß beschloß der Gerichtshof, den Haftbefehl gegen Sasse gegen Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 300 000 Mk. aufzuheben. Die Weiterverhandlung findet Dienstag statt.

# Aus Stadt und Land.

## Mysterienspiele im kath. Gesellenhause.

Uns Castropern steht ein großes Ereignis bevor. Eckerts vielgerühmtes und herzergreifendes Mysterienspiel „Das Heil der Welt" soll in der Zeit vom 21. bis zum 26. März im Gesellenhause zur Aufführung gelangen. Die Vorbereitungen dazu sind im vollen Gange, und die bisher geleistete Arbeit verheißt einen glänzenden Erfolg. Im folgenden bringen wir eine Anzahl Besprechungen aus allen Gebieten Deutschlands, die uns einen Vorgeschmack geben von den hohen künstlerischen und den überaus tief innerlichen Freuden, die wir in diesen Tagen erleben werden. Die „Fuldaer Zeitung": Ein deutsches Mysterienspiel von dem gottbegnadeten Künstler und Dichter E. Eckert wird aufgeführt, nicht durch berufsmäßige Mimen, durch Männer und Frauen der Bürgerschaft, ganz so wie es im christlichen Mittelalter der Brauch gewesen ist. — D. K. im „Münsterischen Anzeiger": Als der Vorhang sich teilte und Frau Welt mit ihrem liebreizenden Töchterlein Vanitas und ihrem Gefolge sich zeigte, da ging ein Ruck und Recken durch die Reihen derer, die vielleicht geglaubt hatten lampenfieberndе Dilettanten auftreten zu sehen — und jetzt ein hochkünstlerisches Spiel sahen . . . — Bochum, den 7. April 1919. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Bühnenkunst aus den fieberdunstigen Sumpfniederungen zu reinen Menschheitshöhen emporzuführen . . . . geglückt ist es bisher nur einem: Erich Eckert in seinen Mysterienspielen. Seine Mysterienspiele sind in B. bisher mit einem Erfolg der seinesgleichen sucht, gegeben worden. — Die „Oberschlesische Volkszeitung" aus Breslau: E. E. Mysterienspiel „Das Heil der Welt" war bei der Erstaufführung ein durchschlagender Erfolg beschieden . . . . . Wir stehen nicht an zu sagen, daß Breslau, die mit Theatern überreich ausgestattete Provinzhauptstadt, kaum jemals solch genial sich auswirkende Spielleitung sah . . . . E. E.'s Dichtung ist schlichtes Vertrauen, kunstlose Andacht . . . . — Das „Mainzer Journal" aus Aachen: . . . Höher zu schätzen ist, daß aller Mund voll des Lobes war, über das Werk und dessen Aufführung und aller Herzen voll der Erhebung und Erbauung waren, dank dem Gehalte und der Wirkung dieser dramatischen Dichtung. — Das „Düsseldorfer Tageblatt": Wir sind gewohnt, von dem klassischen Ideal als der stillen Einfalt und edlen Größe zu reden. Dieses Grundgesetz des Klassischen gibt Eckert mit die Richtschnur für seinen Mysterienstil, der eine ruhige edle Linie aufweist. . . . . Bei den Bühnenbildern Eckerts spüren wir sinnige Gemütstiefe, echte deutsche Innerlichkeit . . . Er verschmäht es, bloß für den Augenblick durch billige Theatereffekte zu wirken oder durch laute Farbentöne zu berauschen."

•

* **Eine Bereisung des Castroper Interessengebietes** durch den Eingemeindungsausschuß der Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk findet am Freitag, den 17. März statt. Zu ihr sind die in Frage kommenden Behörden bereits eingeladen. Auch der Herner Oberbürgermeister wird an ihr teilnehmen.

⊡ **Unterstützung notleidender Kleinrentner.** Nach einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt können Kleinrentner, d. h. solche Personen, welche aus Kapitalvermögen (oder Leibrenten pp.) ein jährliches Einkommen von wenigstens 600 Mk. haben, im Bedürftigkeitsfalle unterstützt werden. Neben der Bedürftigkeit ist jedoch für die Bewilligung einer Unterstützung Voraussetzung, daß sich der zu Unterstützende verpflichtet, sein Vermögen mit zur Bestreitung des Lebensunterhaltes in einem Umfange heranzuziehen, der der Vermögenshöhe, dem Alter und sonstigen Verhältnissen des zu Unterstützenden angemessen ist; insbesondere auch im Falle seines Todes aus dem Nachlaß eine entsprechende Rückvergütung erfolgt. Anträge auf Gewährung einer Unterstützung können beim städt. Wohlfahrtsamt, Wittenerstraße 30, in der Zeit vom 9. bis 11 März cr. in den Vormittagsdienststunden gestellt werden. (Siehe Bekanntmachung!)

⚠ **Erhöhung der Teuerungszuschüsse für Kriegerhinterbliebene.** Durch Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 25. 2. cr., sind die an Kriegerhinterbliebene (Witwen, Halbwaisen, Vollwaisen, Kriegereltern und nicht im Erwerbsleben stehende Schwerkriegsbeschädigte) für Monat März zu zahlenden Teuerungszuschüsse um das Doppelte erhöht worden. Demzufolge bittet uns das städtische Wohlfahrtsamt bekannt zu geben, daß die Auszahlung des Mehrbetrages an die Kriegerhinterbliebenen der Stadt Castrop am Donnerstag, den 9. März cr., vormittags von 9—12 Uhr, bei der Stadtkasse erfolgt.

⊙ **Und Castrop?** Um der Bevölkerung der Stadt Gelegenheit zu billigen Sonntagsfahrten zu geben, hatte sich die Gelsenkirchener Stadtverwaltung durch eine diesbezügliche Eingabe an das Reichsverkehrsministerium gewandt, auf Grund deren jetzt die Eisenbahndirektion Essen die Ausgabe von verbilligten Sonntagsfahrkarten von dem Bahnhof Gelsenkirchen aus gestattet. Die Karten werden vom 12. März ab zu Fahrten ins Ruhrtal, Sauerland und Münsterland ausgegeben werden. Und Castrop? — Wir hatten bereits im Vorjahre an dieser Stelle mal eine diesbezügliche Anregung gegeben und sie so ausführlich begründet, daß wir heute wohl nur darauf zu verweisen brauchen. S. G. V., Verein für Heimatkunde und Heimatpflege — in Klammern: auch für Verkehrsfragen zuständig! — Magistrat, vielleicht dürfte sich auch von Castrop aus mal eine Eingabe wegen der Auflegung billiger Sonntagskarten an das Reichsverkehrsministerium empfehlen.

△ **Ein „hoher" Gast.** Gestern nachmittag bekam unsere Gegend unverhofft hohen Besuch. Ein Luftballon schwebte gegen 2½ Uhr von Holthausen kommend, über das Castroper Holz bog hier infolge von Luftströmungen rechts ab und setzte seine Reise über Bladenhorst Grutholz, Habinghorst, Ickern in der Richtung auf Waltrop zu fort. Der Ballon befand sich in einer Höhe von ca. 800 Metern und trieb ziemlich langsam. Es ist möglich, daß es ein unbemannter, sogenannter meteorologischer Ballon war. Dem widerspricht allerdings, daß einige Augenzeugen deutlich an beiden Seiten des Ballons 2 Flaggen bemerkt haben wollen. Auf letztere Wahrnehmung ist auch wohl das gänzlich unverbürgte Gerücht zurückzuführen, das gestern abend die Runde an den Stammtische machte und das wissen wollte daß es sich um einen französischen Ballon, der im Rheinlande aufgelassen war, handle.

♂ **Ein langer Trauerzug** geleitete gestern nachmittag den verstorbenen Kaufmann Karl Plaßmann vom Sterbehause Widumerstraße aus zum kath Friedhof. Dem Leichenwagen voran schritten u. a. die Freiwillige Bürger-Feuerwehr, der kath. Gesellenverein, die kath. Jünglingsfodalität, der kath. Männerverein und der M.-G.-V. „Liederhalle" mit ihren trauerumflorten Fahnen und Bannern, sowie prachtvollen Kranzspenden. Dem Leichenwagen folgten außer den Leidtragenden Vertreter der Behörden und aller Kreise der Stadt und der näheren Umgebung. Sie gaben in ihrer großen Zahl den besten Beweis für die große Beliebtheit, deren sich der Dahingeschiedene überall zu erfreuen hatte. Die „Liederhalle", welche in ihm den Verlust des langjährigen 2. Vorsitzenden zu beklagen hat, widmete ihrem toten Sangesbruder unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Petz sowohl auf der letzten Fahrt als auch am offenen Grabe einige mehrstimmige Trauergesänge. R. i. p.

⊙ Einen traurigen Anblick bot gestern nachmittag gegen 2½ Uhr an der Bismarck- und K.-Friedrichstr.-Ecke eine 30—40 Jahre alte Frau, welche sich im Zustande sinnloser Betrunkenheit dort niedergelassen hatte und eingeschlafen war. Sie trug einen mit allerhand Waren gefüllten Marktkorb bei sich und wies sich so als Besucherin des gestrigen Wochenmarktes aus. Von ihrem Einkaufsgange wird sie wohl ziemlich spät heimgekommen sein, da sie zu ihrer eigenen Sicherheit in Polizeigewahrsam genommen werden mußte, weil sie nicht imstande war, ihren Namen zu nennen und sich allein weiter zu bewegen. Sie war so bezecht, daß 2 Polizeibeamte sie fortragen mußten. Trauriges Zeitbild — — und über so etwas lachte eine große Menge Neugieriger und besonders viel — Kinder im schulpflichtigen Alter!

⊠ **Das Metropoltheater** bringt in der laufenden Vorführungsfolge mit der Verfilmung des Romans „Die neue Rasse" wieder einen literarischen Film. Psychologisch fein durchgeführte Bilder aus dem Leben von „Berlin W." umrahmen die von der talentvollen Mansa Tzatschewa gegebene Hauptheldin, die auch in der Filmbearbeitung noch alle Vorzüge und Schwächen aufweist, die Olga Wohlbrück ihren Geschlechtsgenossinnen in ihren Büchern andichtet. Stark sozialen Einschlag hat das 2. zum größten Teile ebenfalls in Berlin spielende Kinoschauspiel, das den bezeichnenden Titel „Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm" trägt. Großstadtbilder, in denen silhouettenhaft Licht und Schatten verteilt sind, wechseln mit hübschen Schilderungen des Seemannslebens ab. Stark nach Kinoeffekten hascht das 3. Stück „Das Geheimnis des Schaffotts", in dem Wanda Treumann sich nach langer Pause mal wieder in großer Rolle dem Castroper Publikum zeigt.

⚒ **Der Allgemeine Knappschaftsverein zu den Beschwerden der Knappschaftsmitglieder.** Auf verschiedene Beschwerden, die die Gewerkverein dem Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum unterbreitete, hat die Verwaltung geantwortet: Mit den Knappschafts- und Familienärzten ist vereinbart worden, daß die Familienangehörigen zu einem festgesetzten Pauschbetrag zu behandeln sind. Wegegeld bei Hausbesuchen darf daher nicht berechnet werden. Handelt es sich um weit ausgedehnte Landbezirke, in denen der Arzt gezwungen ist, etwa ein Fuhrwerk oder ein Automobil zu halten, so wird der Pauschbetrag erforderlichenfalls höher bemessen. — Die Krankenhäuser des Ruhrkohlenbezirks sind zum größten Teil (etwa 80) einem sogenannten Zweckverband angeschlossen. Mit diesem ist für die Krankenhäuser ein Vertrag [illegible] die Familienangehörigen zu einem bestimmten Pauschbetrag verpflegt bezw. behandelt werden. Arztkosten entstehen daher den Angehörigen bei Verpflegung in einem der Verbandskrankenhäuser nicht. Die Essener Krankenhäuser gehören dem Zweckverbande nicht an und Abmachungen über die Verpflegung von Familienangehörigen sind mit ihnen noch nicht zustande gekommen. Sie berechnen daher bei Verpflegung in der dritten Klasse verschiedene Nebenkosten, wie Gebühren für Röntgenbehandlung, Höhensonnenbestrahlungen, Hebammengebühren usw. Operationskosten kommen, soweit das wenigstens aus dem uns vorliegenden Tarife hervorgeht nur in Frage, wenn auswärtige Patienten sich in der ersten und zweiten Klasse verpflegen lassen, denn hier steht den Aerzten freies Liquidationsrecht zu. Als auswärtig gelten die Patienten, die weder in Essen ihren Wohnsitz haben, noch in Essen beschäftigt sind. — Die Medikamente, die ein Knappschaftsarzt den Mitgliedern für unsere Rechnung verordnet, müssen aus den Apotheken bezogen werden, mit denen der Knappschaftsverein Verträge geschlossen hat.

⊙ **Aenderung des Lotterieplanes.** Die Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie im Zeichen der Valuta. Die Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie bereitet für die nächste, im Juni 1922 beginnende Lotterie einen neuen Plan vor der in seinen Einzelheiten noch nicht feststeht, grundsätzlich aber von dem Gedanken ausgeht, die Gewinnhöhe und entsprechend den Lospreis den veränderten Geldverhältnissen anzupassen. Durch eine vor acht Tagen in Umlauf gesetzte Umfrage bei den etwa 930 Lotterieeinnehmern soll zunächst der Bedarf an Losen überhaupt festgestellt werden. Etwa ein Viertel der Bestellungen steht noch aus. Die Bestellungen der Einnehmer bestimmen die Anzahl der Lose. In Aussicht genommen ist vorläufig die Heraufsetzung der Prämie von ¾ auf 1 Million Mark und eine Staffelung der Hauptgewinne. Während es bis jetzt 4 Hauptgewinne zu je 500 000 Mk. gab, sollen evtl. zwei davon auf 1 Million erhöht werden. Dies alles hängt aber von dem Ergebnis der Umfrage ab. Der Preis des Loses soll eventuell für die nächste Lotterie um 50 v. H. auf 600 Mk., erhöht werden.

## Amt Raurel.

♀ **Raurel.** (Wichtig für Optanten.) Die polnische Regierung hat nach amtlicher Kenntnis von Personen, die für Deutschland optiert haben, bei der Auswanderung aus Polen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages vielfach sogenannte Steuersicherheiten verlangt und bis heute nicht freigegeben. Zufolge höherer Anordnung ist es erwünscht, daß alle von einer derartigen Maßnahme betroffenen, von Polen nach Deutschland ausgewanderten Optanten bei der Ortspolizeibehörde ihres Wohn- oder Zuzugsortes zwecks Vernehmung sofort vorstellig werden. Es handelt sich jedoch lediglich um vorbereitende Maßnahmen, aus denen ein Anspruch auf Entschädigung nicht bestimmt erwartet werden kann. Für den Amtsbezirk Raurel werden die entsprechenden Erklärungen im Amtshause — Zimmer Nr. 9 — bezw. bei der Verwaltungsstelle Habinghorst während der festgesetzten Geschäftsstunden entgegengenommen.

## Nachrichten aus Westdeutschland.

* **Dortmund.** (Neo-Byzantinismus.) Die „Tremonia" hält es für notwendig, in ihrer Ausgabe vom 7. März ihren Lesern nachstehende „wichtige" Neuigkeit an der Spitze des lokalen Teiles mitzuteilen:

„Reichspostminister Giesberts weilte Sonntag abend auf seiner Rückreise von Bochum kurze Zeit in unserer Stadt. Nachdem er den Fernsprecher am Bahnhofspostamt benutzt hatte, machte er noch einen Besuch bei einer ihm befreundeten hiesigen Familie und fuhr dann mit dem Nachtzuge nach Berlin zurück."

Glückliches Dortmund, S. M. der Herr Postminister haben allergnädigst geruht, in Deinen darob selig zu preisenden Mauern den Bahnhofsfernsprecher zu benutzen! Hoffentlich hatten der Herr Postminister ebenso lange auf Anschluß zu warten, wie es andere — gewöhnliche — Sterbliche, bei denen nicht jedes Ferngespräch in die Zeitung kommt, gerade in Dortmund auch müssen. Wenn der Herr Postminister dann wie früher mal in etwas lautem Ton ganz kreuzbrav „Himmel — Herrgott — Witten!" ge—sagt und sich in seinem „Memorandum", wie es heute jeder Minister bei sich zu tragen pflegt, einige Aufzeichnungen gemacht hätte, die besagten, daß im Dortmunder Fernsprechbetrieb noch nicht alles vollkommen sei, dann würden vielleicht auch wir das Ferngespräch, das der Herr Postminister in Dortmund zu haben geruhte, für mitteilenswert gehalten haben. Aber so . . . .?

* **Schwelm.** (Die Ennepetalsperre läuft über.) Der Inhalt der Enepetalsperre hat das Gesamtfassungsvermögen von 12 600 000 Kubikmeter erreicht. Seit gestern nacht läuft die Sperre über. Zu- vom 12. bis 22 Januar über.

* **Westbevern.** (Fischen mit Sprengstoff.) Der Schneider Hermann Middendorf aus Münster befand sich seit der Zeit der Staatsumwälzung im Besitze von Sprengstof, mit dem er sich im Oktober v. Js. nach Westbevern begab, um zu fischen. Der Händler Heinrich B. von hier war ihm behilflich, eine geeignete Oertlichkeit ausfindig zu machen. In Anwendung des explodierenden Stoffes wurden zahllose Fische getötet, die in dichter Masse die Oberfläche des Wassers bedeckten. Das Schöffengericht Münster bestrafte den Angeklagten M. heute wegen unbefugten Besitzes von Sprengstoff zu vier Monaten Gefängnis wegen Fischens unter Anwendung von Sprengstoffen wurde eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und drei Wochen verhängt. Beide Strafen wurden zu 7 Monaten Gefängnis zusammengefaßt. Der beschlagnahmte Sprengstoff wird eingezogen. B. erhielt wegen Beihilfe zum Fischen mit Sprengstoff eine Geldstrafe von 1000 Mark.

* **Hameln.** (Mutter und Kind durch Gas vergiftet.) Hier hat eine an Schwermut leidende Ehefrau in einem Anfall geistiger Trübung ihre beiden Kinder im Alter von drei Monaten und zwei Jahren sowie sich selbst durch Gas vergiftet. Man fand alle drei morgens tot in der Küche.

* **Oldenburg.** (Die Aussteuer zusammengestohlen) hat das Dienstmädchen eines hiesigen Wäschekonfektionsgeschäftes. Durch die widerrechtliche Aneignung eines Reserveschlüssels war es der Diebin möglich geworden, sich nach Geschäftsschluß wiederholt Eingang in den Laden zu verschaffen und die Sachen zu entwenden. Die gestohlenen Sachen, die einen Wert von annähernd 10 000 Mark haben, hatte sie bereits an ihre beiden hier ebenfalls in Stellung stehenden Schwestern weitergegeben. Glücklicherweise wurde aber die raffinierte Dieberei von Hausbewohnern entdeckt. Der Bestohlene erhielt seinen Verlust, da die Sachen restlos wieder herbeigeschafft sind.

## Der Kampf um die Wohnungen

Man schreibt uns:

Das einzige Gebiet, auf dem die öffentliche Bewirtschaftung ungemildert fortbesteht, ist das Wohnungswesen. Soziale Gründe waren es, welche die Regierung veranlaßten, den Hausbesitzern das Verfügungsrecht über die Wohnungen zu nehmen. Es wurde mit Recht als unzulässig empfunden, den Besitz einer Wohnung zu einem Vorrecht des Meistbietenden zu machen und engehemmten Hausse-Bewegung der Mietsätze freien Lauf zu lassen. Sieht man aber näher zu, so treten eine ganze Reihe schwerer Bedenken zutage, die mit dem Ablauf der Zeit nicht geringer, sondern größer werden. Als die Bewirtschaftung der Wohnungen eingeführt wurde, hatten viele Kriegsteilnehmer keine eigene Wohnung, während die nicht immer in sachlich unanfechtbarer Weise zum Heimkriegertum berufenen Volksgenossen sich außer guten Einkünften einer passenden Wohnung erfreuten. Viele Kriegsteilnehmer haben dann auf der Liste der Wohnungsanwärter eine vielstellige Nummer erhalten und warten heute noch auf ein eigenes Heim. Weiter ist der Hausbesitzerstand in geradezu schonungsloser Weise enteignet worden. Kein einziges für Wohnzwecke bestimmtes Mietshaus bringt dem Besitzer auch nur eine kärgliche Rente; fast ausnahmslos müssen erhebliche Zuschüsse geleistet werden. Hausbesitz wird geradezu mit Geldstrafe belegt und Hausverwaltung grenzt nahe an Zwangsarbeit. Bei dem allgemeinen Wohnungsbedürfnis konnte es nicht ausbleiben, daß „Nebenwege" gefunden und eingeschlagen wurden. Die Unmoral in der Wohnungsbewirtschaftung steht wohl kaum hinter der Unmoral bei der Nahrungsmittelbewirtschaftung während des Krieges zurück. Verurteilte Schmiergeldempfänger und Ausquartierung nicht wohnberechtigter Wohnungsinsassen werden fast ausschließlich als Mahnung zu erhöhter Vorsicht gewertet. Wir haben jetzt endlich ein Reichsmietengesetz, das den rechtlosen Zustand der Hausbesitze gegenüber den Mietern in Paragraphen festlegen soll. In der Praxis kann das nichts anderes bedeuten als die weitere materielle Zerrüttung des Hausbesitzerstandes und die Verschärfung der heute schon bestehenden passiven Resistenz gegen einen planmäßigen Wohnungsbau. Ob Milliarden-Zuschüsse des Reiches für das Wohnungswesen aufgewandt werden dürfen, hängt letzten Endes davon ab, ob unsere Gläubiger sich von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugen lassen.

**Flatax** das Abführmittel
aus Schokolade.
Erhältlich in Apotheken u. besseren Drogerien.

# Die Perlen der Eggenbrechts

Roman von Alexander von Bosse.

27 (Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Plötzlich kam lautlos, wie es seine Art war, Leo ins Zimmer. Er hatte sich bereits umgezogen, zeigte keine Ueberraschung wegen Wolfs Anwesenheit, von der der Diener ihn bereits unterrichtet haben mochte, begrüßte den Gast mit kühler Höflichkeit und erkundigte sich nach seinem Befinden, nach dem Befinden der Frau von Eggenbrecht und dem Stande der Ernte in Altenwied. Alles in leisem, gleichgültigen Tone, als interessiere es ihn eigentlich nicht.

Leo ließ sich nicht nachservieren, er hatte schon auf dem Vorwerk gegessen, setzte sich aber doch, weil nun Kaffee gereicht wurde. Seit seinem Eintritt war es, als wäre eine Wolke vor die Sonne getreten, die ganze Stimmung veränderte sich. Therese kokettierte nicht mehr, blickte etwas mißmutig vor sich nieder, erkundigte sich dann fast übertrieben freundlich ob der Ritt nicht sehr heiß gewesen wäre, bedauerte Leo, als er bejahte. Silvia hatte schon bemerkt, daß Therese, seit sie in Stolzen war, sich Leo gegenüber anders gab, sie brüskierte ihn nicht mehr, heuchelte oft sogar Interesse für seine Forschungen, ging ihm sozusagen, soweit das bei ihm möglich zu machen war, um den Bart. Es schien wirklich, als habe Therese es sich überlegt, und als wolle sie doch noch Herrin auf Stolzen werden.

Sobald der Kaffee getrunken war, empfahl sich Wolf und niemand hielt ihn zurück.

Als er Silvia die Hand küßte, sagte sie:

„Ihr Reitstock ist noch immer bei mir — in München."

„Den hole ich mir schon noch," erwiderte er. „Auf Wiedersehen, Kusine Silvia!"

„Ja, auf Wiedersehen!" antwortete sie herzlicher, als sie selbst wußte.

*

Die alte Frau von Branding und Therese zogen sich zu einem Mittagsschläfchen zurück, auch Silvia war müde nach dem ausgedehnten Ritt, wollte etwas ruhen und begab sich auf ihr Zimmer, Branding aber ging auf die Veranda hinaus, dort seine Zigarre zu rauchen.

Er war in Gedanken. Es war ihm nicht recht, daß Eggenbrecht heute gekommen war und nun vielleicht ein unliebsam reger Verkehr zwischen Altenwied und Stolzen sich anspinnen würde. Therese wußte doch, daß er solchen Verkehr nicht wünschte, warum hatte sie den Altenwieder also zu Tisch aufgefordert. Anscheinend hatte er einen Besuch nicht einmal beabsichtigt, sonst wäre er kaum im Reitanzug gekommen.

Er war ärgerlich und beunruhigt. Er hatte beobachtet, wie freundlich Silvias Blick — obwohl ihr selbst ganz unbewußt — auf Eggenbrechts Gesicht geruht hatte; ihm war nicht entgangen, wie herzlich ihre Stimme geklungen, als sie ihm zum Abschied die Handgegeben und „Auf Wiedersehen" gesagt hatte. Es war ganz unverkennbar, daß der junge Vetter ihr gefiel. Und wieder regte sich Eifersucht in Branding, weckte Haß in seinen Herzen gegen den neuen Herrn von Altenwied. Was wollte er auch seine Hand nach Silvia ausstrecken? Hatte er nicht genug an dem, was Achim ihm sonst hatte hinterlassen müssen? Nein, niemals sollte Silvia sein werden! Das durfte er — Achims bester Freund — nicht zulassen, schon Achims wegen nicht!

Aber auch sich selbst wollte er Silvia nicht rauben lassen — nein! Ihm gehörte sie! Ihm hatte Achim die Frau — sterbend — hinterlassen! Ihm gehörte sie, wie Altenwied dem Eggenbrecht gehörte!

Auf dem Tisch der Veranda lag eine flache Mappe von dunkelrotem Leder, die hatte Branding, während er sich seinen Gedanken hingab, mechanisch hin und her geschoben. Ebenso mechanisch schlug er sie auf, starrte auf das weiße beschriebene Blatt, erst ohne zu lesen. Da traf sein Blick auf den eigenen Namen und gedankenlos las er:

. . . Branding aber ist ein seltsamer Mensch, sehr verschlossen, kalt — ein Einsamer. Ich weiß eigentlich nicht, wie ich mich mit ihm stehe. Er ist Urfels Vormund, mein Berater und war meines armen Achims einziger, treuer Freund, aber das ist auch alles; denn mir persönlich ist er nichts, und manchmal scheint mir — — —

Hier brach der Brief ab, und jetzt erst erfaßte Branding den Sinn der Worte, die, wie er an der Handschrift erkannte, Silvia geschrieben hatte. Nun las er noch einmal, und sein bleiches Gesicht wurde dabei noch bleicher, ein Zug verbissenen Schmerzes grub sich um seinen schmallippigen Mund ein.

„Mir persönlich ist er nichts!" wiederholte er halblaut. „Nichts?" Und langsam ballten sich seine schmalen, langgliedrigen Hände, so fest, daß die Nägel in den Handballen schnitten.

„Nichts!" zischte er zwischen den zusammengepreßten Zähnen hervor. „Und doch — doch!" stöhnte er auf, schlug die Mappe zu und erhob sich. Langsam ging er bis an die Steinbalustrade der Veranda, blieb da stehen und blickte starr auf den Rasenplatz nieder, über dem Sonnenglut zitterte.

Da rührte sich etwas hinter ihm, er drehte sich um. Silvia stand am Tisch, zart und schlank in ihrem weißen Leinenkleid, wie eine Erscheinung; ihre Hand streckte sich nach der Mappe aus. Sie erschrak sichtlich, als sie in sein Gesicht sah, das ganz verzerrt und wie versteinert war.

Sie raffte die Mappe und das kleine Reisetintenfaß auf, streifte noch mit scheuem Blick Brandings regungslose Gestalt und ging.

Er ließ sie gehen . . . diesmal noch . . .

### Fünfzehntes Kapitel.

Es war zwei Tage nach Wolfs Besuch in Stolzen, da benutzte Silvia die Gelegenheit, als Branding geschäftlich in München zu tun hatte, um in Falkes Begleitung auszureiten. Der Morgen war wunderschön, frisch und klar, wie selten im Juli. Silvia hatte erst als junge Frau unter Achims Leitung reiten gelernt, ritt leidenschaftlich gern und leicht etwas tollkühn, was Branding schon bemerkt hatte. Darum hatte er ihr ein recht zuverlässiges Pferd zur Verfügung gestellt, einen großen Brandfuchs, der gut vorwärts ging, weichmäulig war und keine Mucken hatte.

Silvia genoß den Ritt aus vollem Herzen und vergaß dabei fast den alten Falk. Nach einem langen, scharfen Galopp über weites, schon abgeerntetes Gerstenfeld verhielt sie am Waldrande endlich ihr schnaufendes Tier, und hier holte der Stallmeister sie ein. Er war kein Freund von so tollem Reiten, und als er bei Silvia ankam, sagte er brummig:

„Die Leda hat ein Eisen verloren, Frau Baronin, wir müssen nun heimreiten."

„Bei dem herrlichen Wetter . . .? Nein! Reiten Sie nur heim, Falk, ich komme später nach."

„Ja, das wird dem Herrn Baron aber nicht recht sein," meinte er bedenklich. „Ich soll doch auf Frau Baronin aufpassen."

„Das will ich schon verantworten. Reiten Sie nur zurück," erwiderte sie mit einem Lächeln, weil es sie amüsierte, daß Branding ihr den alten Falk gleichsam als Gouvernante mitgegeben hatte.

Sehr ungern gehorchte Falk; aber was sollte er machen! Die Leda fing schon an zu lahmen, und so wendete er sein Pferd und ritt im Schritt nach Stolzen zurück. Silvia aber lenkte in den Wald ein und trabte langsam auf weichem Waldrasen eine breite Schneise hinauf.

Zu beiden Seiten des Weges standen in feierlicher Ruhe dunkle, masthohe Tanne, deren Zweige tief herabhingen. Sie waren wie glänzende, grüne Arme, die sie schützend über die bunten Blumenkinder am Waldrande breiteten. Ihrer Rinde und ihren Nadeln entströmte kräftig würziger Duft und vermischte sich mit dem der feuchten Walderde.

Nun kreuzte ein ganz schmaler Pfad die Schneise. Und von leiser Neugier getrieben, bog Silvia in ihn ein, indem sie ihr Pferd in Schritt fallen ließ. So gelangte sie nach einiger Zeit in einen alten Buchenwald, in dem sie noch nie gewesen war. Wundervoll war es da, kühl und kirchenstill. Schlangengleich, glatt und grau wuchsen die Stämme empor, und ihre mächtigen Kronen vereinigten sich zu einem Domgewölbe, durch dessen dichtes Laubnetz die Sonne feine goldige Strahlenbündel sandte.

Die Luft in dem grünen Halbdämmer schimmerte und zitterte von tausend feinen Fäden, die kleine Spinnen von Stamm zu Stamm, von Ast zu Ast gesponnen hatten, sie hingen sich an Manlius, des Brandfuchses, Mähne, streiften, wie mit hauchleichten Geisterfingern, Silvias Gesicht. Ganz still war es, kein Vogel zwitscherte, nichts war zu hören als das saugende, leise Knarren des Sattelzeugs, wenn Manlius, der hier und da stehen blieb, um an Haselzweigen zu knabbern, weiterschritt. Silvia achtete nicht mehr auf das Pferd, nicht auf den Weg; ganz traumhaft ritt sie weiter, wußte nicht, fragte nicht: wohin? Schlaff lagen die Zügel in ihrer Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Statt Karten!

Für die uns anläßlich unserer Silbernen Hochzeitsfeier von nah und fern überaus zahlreich eingegangenen Glückwünsche

**danken recht herzlich** 1201

**August Schmidt u. Frau**

Wilhelmine geb. Schlosser.

---

**Alles schüttelt den Kopf**

wenn Sie Ihre **defekten Maschinen** fortgeben, oder sich neue kaufen, denn gut und preiswert **repariert** dieselben

**Joseph Reidt & Söhne** mechanische Werkstätten und Ankerwickelei,

**Castrop-Schwerin.**

Auch Lieferung von Ersatzteilen nach Zeichnung oder Muster. 642

---

Offeriere Ia 1192

**gelbe Steckrüben**

**W. Opalka, Widumerstraße 48**

Telefon 204.

---

**Platin, Gold, Silber, Juwelen**

kauft 8396

**Rupert Schmudde, Juwelier,**

**Castrop,** Wittenerstraße 3 am Markt.

---

**Heil-Institut Wittenerstr. 54**

**ist bis zum 18. März**

**geschlossen,** 1194

---

**Crème-Peltzer gegen rauhe Haut!**

Zu haben Drogerie **Hennewig** u. **Appelhans.**

---

**Läuse** Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**

Beseitigen Sie in ½ Stunde nur **Eckolda** 100000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg mit v. Fachm. bergest.) werden Sie staunen. **Verlangen Sie nur Eckolda** Fabr. Eckolda-Werke, Essen. Zu haben in 28) bei Fritz Pfaff Castrop, Münsterstraße 22.

---



**Kappel**

**Schreibmaschine**

Im Inland bewährt-
Im Ausland begehrt

**Maschinenfabrik Kappel Akt.-Ges.**

Chemnitz-Kappel

Alleinvertrieb für das westf. Kohlenrevier:

**L. Löher, Dortmund,**

Johannesstraße 32. Fernsprecher 8632.

---

**Schirm-Reparaturen**

jeder Art, werden sauber und gut in eigener Werkstätte schnellstens ausgeführt.

Auf eilige Reparaturen kann gewartet werden.

**Ueberziehen sowie Neuanfertigung nach Wunsch.**

**Albert Langenbach, Herne**

**Schirmfabrik**

Bahnhofstr. 44. Telefon 449.

---

**Bekanntmachung.**

Diejenigen Kleinrentner, d. h. Personen, welche ein Einkommen aus Kapitalvermögen (Leibrenten) von wenigstens 600 Mk. jährlich haben, können im Bedürftigkeitsfalle unterstützt werden.

Unterstützungsanträge sind in der Zeit vom 9. bis 11. März cr. in den Vormittagsdienststunden im städtischen Wohlfahrtsamt Wittenerstraße 30, zu stellen.

Daselbst wird auch nähere Auskunft erteilt. 292

Castrop, den 7. März 1922.

**Der Magistrat.**

---

# Wer hat Stoff!

**Fertige an: Anzüge, Paletots, Schlüpfer usw. nur in eigenen Werkstätten mit guten Zutaten von Mk. 550 an** 1185

**Mechanische Großschneiderei Heinr. Redich, Herne,**

**Neustrasse 76.** 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

---

**Gewerbebank e. G. m. b. H. Castrop**

**Kaiser-Friedrichstraße (Mittelstandshaus).**

Zweigniederlassung:

**Habinghorst, Kronprinzenstraße 88** beim Kaufmann Wilh. Kaltenpoth.

Kassenstunden: 9—12 vormittags und 3—5 Uhr nachmittags. 8099

**Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.**

**Scheckverkehr, Gewährung von Krediten und Eröffnung laufender Rechnungen.**

**Verzinsung zu günst. Bedingungen nach Uebereinkunft.**

---

# Das Geschäft hebt sich

der Umsatz
und damit auch der
Verdienst steigt, wenn Sie
Ihre Firma durch dauernde Reklame in
der Zeitung dem Publikum
ins Gedächtnis rufen.
Sprechen Sie

**durch die Castroper Zeitung**

zu deren
Leserkreis, dann
haben Sie die sichere Gewähr,
dass Ihre Anzeigen Beachtung in vielen
tausenden von kaufkräftigen Familien finden werden

---

**Wasch-maschinen** 599

eigene Fabrikation
tadellose Ausführung
billigste Preise

**Ch. Hoings**

**(Firma: Fr. Geilmann)**

**Castrop** Hint. d. Post.

---

**Matratzen und Sophas**

polstert mit bestem Material dauerhaft und billig auf Neue Polstersachen werden in eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von **Gardinen und Dekorationen.**

**Jakob Deden,**

Polsterer und Dekorateur, Widumerstr. 50, Tel. 122. Viktoriastraße 69.

---

2 gut erhaltene 1188

**Trinkhallen**

zu verkaufen.

**W. Gerhards,**

Castrop, Bahnhofstr. 1.

---

**10 Läuferschweine**

und eine tragende 1164

**Sau**

zu verkaufen.

**Schulze-Frölich,**

**Frohlinde.**

---

Gebrauchter gut erhaltener

**Kinderwagen**

zu verkaufen. 1198

Näheres zu erfragen in d. Geschäftsstelle d. Ztg.

---

**Kognak-, Wein- und Literflaschen**

kauft

**Cafe Metropol, Fernruf 7.**

---

**Trink- und Wartehalle**

zu vergeben. Gebe dieselbe auch in Pacht ab. Ältere Person bevorzugt. 1187

**W. Gerhards,** Castrop, Bahnhofstr. 1.

---

Junges Ehepaar sucht für sofort

**1 leeres Zimmer**

gegen gute Bezahlung.

Offerten unter 1202 an die Castroper Zeitg. erbeten.

---

**Dauermieter!**

Zwei Freunde suchen zu sofort sauberes

**möbl. Zimmer**

mit Morgenkaffee.

Offerten unt. E. W. an die Geschäftsstelle d. Z. erbeten.

---

Besserer Handwerker sucht ein

**möbl. Zimmer**

mit Morgenkaffee in Ickern oder Habinghorst.

Angebote unter 1180 an Castroper Zeitung erbeten.

---

Fräulein, bei Behörde beschäftigt, sucht

**Pension**

evtl. **möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee. Off. an diese Zeitung unt. 1197 erbeten

---

**Kräftiger Knabe,**

Sohn ordentlicher Eltern, der Lust hat, das Schmiede-Handwerk zu erlernen, zum 1. April gesucht. 1191

**H. Vierhaus,**
**Castrop,**
Christinenstraße 12.

---

Für einfache Arbeiten im Apotheken-Laboratium

**Mädchen**

gesucht, nicht unter 17 Jah. welches zu Hause schlafen kann. 1195

**Viktoria Apotheke, Ickern**

Kreis Dortmund.

---

**Tücht. Mädchen**

für alle Hausarbeiten und zur Bedienung der Gäste sofort gesucht 1193

**Frau W. Heermann,**
**Bauernschenke**
**Habinghorst.**

---

Für Galanterie-, Korb- und Lederwaren-Geschäft braves, ehrliches

**Lehrmädchen**

gesucht. 1133

**August Kerksiek, Habinghorst,**

**Kronprinzenstraße 46.**

---

**Treff-Café Metropol**

**Täglich** 49

**Künstler-Konzert**

**Clown Möks**

mit seiner Kapelle.

**Sonntags: Frühkonzert.**

---

Ein properes 1199

**Morgenmädchen**

gesucht.

**Hanxel,**

Rossenbeckstraße 11.

---

Suche für sofort od. später

**Mädchen**

für halbe oder ganze Tage.

**Wittenerstr. 86, I. Etage.**

---

Zum 15. März tüchtiges

**Mädchen**

gesucht. 1196

**Frau Betriebsf. Münning,**
Karlstraße 42.

---

Auf sofort tüchtiges

**Mädchen**

für alle landwirtsch. Arbeiten, einschl. melken, gesucht.

**A. Bethacke,** Landwirt,
1171 Holthausen.

---

Braves, fleißiges nicht zu junges 1199

**Mädchen**

für sofort oder zum 15. März gesucht. **Bladenhorsterstr. 20**

---

Zu sofort ein 1189

**Halbtagsmädchen**

gesucht.

**C. Kratz,**
Kronenapotheke.

---

Gebildetes Fräulein, seit 5 Jahren als **Stütze** in Frankfurt a. M., tüchtige Schneiderin sucht zum 1. April gleiche

**Stellung**

in Castrop, Habinghorst, Raurel od. nächster Umgeb. Gefl. Offert. unter Nr. 1200 a. d. Castroper Zeitg. erbet.

---

Großer 1186

**Jagdhund zugelaufen.**

Gegen Erstattung der Unkosten binnen 3 Tagen abzuholen, sonst als Eigentum betrachtet. — Sprechstunden vorm. v. 8—12 Uhr.

Zu erfragen **Habinghorst, Römerstraße 27.**

---

**Alle**

Buchdruck-Arbeiten für Privat- u. Geschäftsbedarf liefern wir schnell, sauber u. preiswert. Reichhaltige Auswahl moderner Schriften. Große Lagervorräte in den verschied. Papiersorten. Unverbindlicher Vertreterbesuch auf Wunsch

Buchdruckerei der

**Castroper Zeitung**

Fernsprecher Nr. 6

---

B.
WELLNER

**Metropol-Theater**

**Castrop,** Kaiser Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste — Lichtbildbühne am Platze — verbunden mit Cafe-Restaurant

Eigene elektr. Lichtzentrale. - Zentralheizung.

Fernruf 144
Amt Castrop

**Mittwoch 8. 3. Donnerstag 9. 3.**

**Nur noch zwei Tage!**

**Manja Tzatschewer** in

**Berlin W.**

Ein Filmspiel in 5 Akten nach dem Roman „Die neue Rasse" v. Olga Wohlbrück.

Zwei Pole gibt es im Leben des Mannes, zwischen denen er pendelt sein Leben lang: die Liebe und die Arbeit, die Frau und der Ehrgeiz . .

**LEE PARRY**

Felix Hecht W. Kaiser-Heyl

in

**Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm**

oder

**Das Mädchen aus der dunklen Gasse**

Großstadtbild in 6 Akten v. H. Ortmann

In der ärmsten Gegend Berlins, inmitten Jammervollen Elends, haust Frau Brüning mit ihrem Sohne Paul und ihrer Pflegetochter Eva . . .

**Wanda Treumann**

in

**Das Geheimnis des Schaffotts.**

Drama in 6 Akten.

nach einem Motiv von Villiers de l' Isle von Robert Heymann.

**Aenderungen im Programm vorbehalten**

**Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.**

**Für die musikalische Begleitung der Filme Herr Kapellmeister W. Mohr**

---

Ein technischer Angestellter sucht für sofort

**möbliert. Zimmer mit Morgenkaffee**

inmitten der Stadt.

Angebote unter G. S. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

---

**Endlich**



ist man den Ärger los, denn „Rotfroschpasta" ist famos!

**Erdal**

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.